

Referat Steuerthemen

Sehr geehrte Damen und Herren

Ich beginne mit etwas, das für Viele in der Schweiz zur Selbstverständlichkeit geworden ist, es aber keinesfalls ist. Uns geht es im internationalen Vergleich allen sehr gut in unserem Land. Die Arbeitslosigkeit ist tief, die Sozialwerke sorgen dafür, dass kaum jemand durch die Maschen fällt und auch im Alter ein Leben in Würde möglich ist. Die Bildung geniesst einen hohen Wert und Standard und wir können unseren Einwohnerinnen und Einwohnern eine Perspektive bieten. Nochmals, uns geht es wirklich gut. Zu verdanken haben wir das selbstverständlich vielen verschiedenen Faktoren. Ein nicht wegzudiskutierender Faktor ist nachweislich unser attraktives Steuerumfeld – und hier möchte ich aus aktuellem Grund einhaken:

Der Blick auf die letzten 20 Jahre zeigt: Ein attraktives Steuerumfeld lohnt sich für die Schweiz. Es stärkt Schweizer Unternehmen jeder Grösse. Für ausländische Firmen ist die Schweiz ein attraktiver und beliebter Standort. Die vielen in- und ausländischen Unternehmen in der Schweiz haben zu einem bemerkenswerten Wachstum der Steuereinnahmen beigetragen. Sie bieten eine grosse Zahl guter und vielseitiger Arbeitsplätze. Die Erwerbsbeteiligung in der Schweiz gehört zu den weltweit höchsten. Gleichzeitig sind die Löhne auf allen Stufen hoch. Der Wohlstand ist in der Schweiz breit verteilt, die Umverteilung zugunsten von Personen mit niedrigeren Einkommen funktioniert. Das ist nur möglich, weil die Wirtschaft stark ist und sie hier gute Bedingungen vorfindet. Hohe Steuerzahlungen von Privaten und Unternehmen ermöglichen den im Vergleich zum Ausland noch immer umfassenden Service Public. Nicht zuletzt, weil international tätige Firmen hierzulande grosse eigene Mittel in die Forschung und Entwicklung investieren, ist die Schweiz ein führender Bildungsplatz mit weltweit geachteten Hochschulen. Das Zusammenspiel zwischen den Unternehmen, kleinen und grossen, funktioniert in unserem Land. Die Steuerpolitik ist nicht der einzige Grund, warum es der Schweiz gut geht. Aber das gute Steuerumfeld, für Private wie für Unternehmen, trägt einiges dazu bei.

Blinde Referendumswut von Links

Die linken Parteien in unserem Land verschliessen die Augen vor diesen positiven Entwicklungen. Wie ist es sonst zu erklären, dass sie systematisch Referenden gegen sämtliche Steuer- und anderen finanzpolitisch relevanten Vorlagen ergreifen?

Ein Blick zurück zeigt: Die blinde Referendumswut gegen jegliche Steuervorhaben folgt einer vermeintlich erfolgreichen Politstrategie. Nach Abstimmungssiegen bei der Unternehmenssteuerreform III (2017) und dem Kinderabzug (2020) wähnt man sich im Steuerthema auf der Erfolgsstrasse. Unter dem Schlagwort «Steuerbschiss» wird darum jede noch so moderate Vorlage angegriffen. Aktuellste Beispiele sind die Emissionsabgabe (Abstimmung 13. Februar) und die Reform der Verrechnungssteuer (Referendumsfrist Ende März 2022).

Die systematische Opposition der SP gegen jegliche Steuerreform folgt also einem kurzfristigen, parteipolitischen Kalkül. Letztlich wird damit der Wohlstand der Schweiz aus wahltaktischen Motiven auf Spiel gesetzt. Meine Damen und Herren das ist verantwortungslos und einer Bundesratspartei

unwürdig. Umso wichtiger ist es, dass die Unternehmerschaft im kommenden Jahr zusammensteht und sich zur Wehr setzt.

Linke Polemik: Immer die gleiche Platte

Die Argumente haben wir auf unserer Seite. Denn was die SP betreibt, ist reine Polemik. Die Geschichten basieren – völlig unabhängig der konkreten Vorlage – auf den immer gleichen Feindbildern: «Konzernlobby», «Grossbanken» und «Abzocker». Mit der extremen 99%-Initiative wurde im Herbst 2021 gegen Vermögende gewettert und mehr Umverteilung eingefordert. Dies, obwohl der Verfassungstext –handwerklich komplett missglückt wie er war – bis weit in den Mittelstand ausstrahlte. Bei der Emissionsabgabe giftelte man gegen den Finanzplatz, während in Tat und Wahrheit Unternehmen aller Grössen, Branchen und Sektoren betroffen waren; gerade auch krisengeschüttelte Unternehmen – und von denen gibt es im Moment leider viele gibt.

Post-faktische Argumentation zur steuerlichen Entlastung des Kapitals

Vollends im post-faktischen Bereich wird die angeblich stetige steuerliche Entlastung des Kapital reklamiert. Die Fakten sind – die Zahlen belegen es schwarz auf weiss:

- Folie 2: Beim Bund steigen die Gewinnsteuern massiv an, so dass die Firmen seit einigen Jahren mehr bezahlen als die Privathaushalte.
- Folie 3: Das Wachstum ist vor allem auf international erfolgreiche Unternehmen zurückzuführen. Nur knapp 3% der Firmen bezahlen fast 90% der Gewinnsteuern.
- Folie 4: Eine Zusammenstellung der Reformen der direkten Bundessteuer zeigt vergangene sowie geplante Entlastungen vornehmlich bei den Privathaushalten. Unternehmen wurden nur partiell entlastet.
- Folie 5: Das Bild bestätigt sich in den Daten aller Steuern von Bund, Kantonen & Gemeinden. So steigen die «kapitalbasierten» Steuern im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung deutlich an, während Konsum- und Einkommensteuern auf konstantem Niveau verharren.

Klassenkampf im Land der guten Löhne

Die 99%-Initiative begründeten die Linken mit einer angeblich zunehmend ungleichen Verteilung des Wohlstands. Die Daten zur Schweiz zeigen allerdings:

- Folie 6: Bereits die Markteinkommen der Haushalte (vor Umverteilung) sind im internationalen Vergleich sehr gleichmässig verteilt.
- Folie 7: Zusätzlich sorgt das Steuersystem für Umverteilung. Mit der progressiven Einkommensteuer und der Vermögenssteuer ist die Steuerbelastung auf Kapitaleinkommen beträchtlich. Hinzu kommen die stark solidarisch finanzierten Sozialversicherungen (AHV, ALV).
- Folie 8: Auch die Verteilung zwischen Arbeit und Kapital ist konstant. Stabile gut 70 Prozent des Volkseinkommens gehen an die Lohnempfänger.

Erfolg durch Bildung und Innovation

Tatsächlich gelingt es der Schweiz im internationalen Vergleich ausgesprochen gut, ein hohes Lohnniveau und eine ausgeglichene Lohnverteilung in Einklang zu bringen.

- Folie 9: Nirgends sonst werden so hohe Medianlöhne ausbezahlt. Nirgends ist das allgemeine, preisbereinigte Lohnniveau so hoch wie in der Schweiz.

Das Erfolgsrezept heisst Bildung und Innovation.

- Folie 10: So steigen etwa die Investitionen in die Hochschulen und die Forschung stetig an und zwar klar überproportional, deutlich stärker also, als die Wirtschaftsleistung.

Aber ein Drittel der F&E-Beiträge in der Schweiz wird privat, also durch Unternehmen, bezahlt. Und auch der Staat kann seine Investitionen nicht aus eigenen Mitteln leisten. Er ist auf Steuergelder angewiesen. Und damit wieder zu einem gewichtigen Teil auch auf die Firmen, die Gewinnsteuern bezahlen. Erst ein erstrangiger Unternehmensstandort ermöglicht es also, dass die Schweiz im Innovationsbereich wie auch als Bildungs- und Ausbildungsstandort ganz vorne mitspielt. Breite Schichten können sich so ein erhebliches Wohlstandsniveau selbst erarbeiten. Den Gewerkschaften müsste eigentlich daran gelegen sein, dieses System zu stützen.

Unaufhaltbarer Sozial- und Staatsausbau

Doch nicht Eigenleistung, sondern Umverteilung ist das erklärte Ziel der Linken. Die Kuh soll möglichst lange gemolken werden. Der Staat – nicht die private Initiative jedes Einzelnen – muss in dieser ideologischen Verblendung für jeglichen Fortschritt und für das Wohlergehen der Bevölkerung verantwortlich sein. Obwohl die Fakten eine komplett andere Sprache sprechen, beklagen linke Parteien kontinuierlich einen Sozial- und Staatsabbau.

- Folie 11: In Wahrheit wächst kein Bereich dermassen stark wie die Ausgaben für die soziale Wohlfahrt. Sie kennen die Gründe: Zusatzfinanzierung für die AHV, Überbrückungsrenten, der Ausbau der Prämienverbilligung, der Ergänzungsleistungen und das permanent gewordene Impulsprogramm für Kitas; die Liste liesse sich verlängern.
- Folie 12: Genau so eindrücklich: Die Beschäftigung in der öffentlichen Verwaltung wächst und wächst, deutlich schneller als in der Privatwirtschaft.

Wer finanziert diese stetig zunehmenden Leistungen und Ansprüche? Die Zahlen belegen es zweifelsfrei: Es sind die erfolgreichen international tätigen Unternehmen und die Bezüger hoher Einkommen in diesem Land. Allein bei der progressiven Bundessteuer bezahlen die fünf Prozent der Steuerpflichtigen mit dem höchsten Einkommen zwei Drittel der Einnahmen. Es ist dieses Geld, das über die Umverteilung, durch öffentliche Leistungen, Sozialversicherungen, Prämienverbilligungen, subventionierten Kita-Plätzen und Ähnliches der Schweizer Bevölkerung zufließt.

Zu den besten Kühen sollte man besonders gut schauen. Dieses einfache Logik widerstrebt der SP und die resultierende Politik schadet letztlich den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in diesem Land.

Erpresserischer Sozialausbau

Im Sachen Steuerpolitik ist die Taktik der Linken offensichtlich: Steuervorlagen solle politisch nur mit gleichzeitigem Sozialausbau möglich sein. Die erpresserische Taktik zeigte sich bei der STAF-Vorlage. War die Unternehmenssteuerreform III noch des Teufels, so ändert sich die SP-Meinung zur steuerlich praktisch identischen STAF-Vorlage nur dank verknüpften AHV-Milliarden in null Komma nichts um 180 Grad. Eine solche Politik muss als heuchlerisch bezeichnet werden.

Neuster Tiefpunkt: Unsäglicher Vorwurf der Steuerkriminalität an die Adresse der Bürger

Eine neue Schwelle überschreitet die SP bei der Verrechnungssteuer. So wird den Bürgern dieses Landes eine generelle Steuerunehrlichkeit unterstellt. Das entspricht nicht den Erfahrungen in der Schweiz. Mit einer moderaten Steuerquote und einem guten Vertrauensverhältnis zum Bürger hat man hierzulande beste Erfahrungen betreffend Steuerehrlichkeit gemacht. Auch die Steuerverwaltungen teilen diese Ansicht.

Meine Damen und Herren. Die linken Parteien sind laut und schrill. Das kommt auch in den Medien gut an und die Berichterstattung zu Umverteilungs- und Steuerthemen suggeriert allzu oft, dass eine Mehrheit in der Schweiz so denkt oder zu denken hat wie die Linken. Dem darf nicht so sein. Wir

haben die Fakten und Zahlen auf unserer Seite – und die besten Argumente, dass das Erfolgssystem der Schweiz weiter gepflegt werden muss. Tragen auch Sie diese Botschaft gegen aussen und sorgen Sie dafür, dass wir Angriffe auf die erfolgreiche Schweiz und unser aller Wohlstand abwenden können. Nur gemeinsam wird uns das gelingen. Ich danke Ihnen.

Monika Rühl
Vorsitzende der Geschäftsleitung

economiesuisse
Hegibachstrasse 47
CH-8032 Zürich
Telefon +41 44 421 35 12
Telefax +41 44 421 34 87
monika.ruehl@economiesuisse.ch
www.economiesuisse.ch